



Dresdner Reden 2015

**15. Februar 2015**

**Jakob Augstein**

**Willkommen zur deutschen Tea Party:  
Von der Krise des Kapitalismus profitiert  
der rechte Populismus. Wie reagieren Politik  
und Medien? Mit Kapitulation.**

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.

**Sächsische Zeitung**

Was uns verbindet.

## Die Dresdner Reden 2015

Auch in diesem Jahr setzen wir die traditionsreiche Reihe der Dresdner Reden fort, die in Kooperation mit der Sächsischen Zeitung seit mehr als zwei Jahrzehnten am Staatsschauspiel stattfindet. Jedes Frühjahr laden wir Persönlichkeiten aus Kunst, Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft ein, auf der Bühne des Staatsschauspiels eine Rede zur Zeit zu halten.

### **1. Februar: Heinz Bude**

Soziologe, Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel

**Pegida, die Gesellschaft der Angst und der Protestbegriff des Volkes**

### **8. Februar: Carla Del Ponte**

Juristin, Syrien-Beauftragte der Vereinten Nationen, ehemalige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag

**Internationale Justiz. Meine Zeit als Chefanklägerin**

### **15. Februar: Jakob Augstein**

Chefredakteur und Verleger der Wochenzeitung „Der Freitag“

**Willkommen zur deutschen Tea Party: Von der Krise des Kapitalismus profitiert der rechte Populismus. Wie reagieren Politik und Medien? Mit Kapitulation.**

### **22. Februar: Andreas Steinhöfel**

Kinderbuchautor; z. B. „Rico, Oskar und die Tieferschatten“

**Mythos Kinderbuch – Wie Jim Knopf aus mir keinen besseren Menschen machte**

### **1. März: Michael Krüger**

Ehemaliger Verleger des Hanser Verlages, Autor und Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste

**Die Enzyklopädie der Toten und das Internet**

## Jakob Augstein

Guten Morgen, meine Damen und Herren,

Willkommen zur deutschen Tea Party! Das ist unser Thema. Hier in Dresden. Und das passt doch ganz gut.

Das geht Ihnen vielleicht schon auf die Nerven. Aber damit müssen Sie jetzt leider erst mal eine Weile leben: In diesem Winter unseres Missvergnügens wurde Dresden ja zur Hauptstadt der Bewegung. Einer Bewegung, die sich hier bei Ihnen auf der Straße abgespielt hat. Die aber – und da können Sie beruhigt sein – nun wirklich keine Dresdner Spezialität ist. In Europa rumort es schon lange. Neuerdings auch in Deutschland. In Amerika hat man den hübschen Namen „Tea Party“ dafür, bei uns bezeichnen wir das mit dem weniger hübschen Namen Rechtspopulismus.

Erst lesen Millionen die Bücher von Thilo Sarrazin, dann wird die AfD als politische Partei erfolgreich – und nun marschierte PEGIDA durch Dresden. Kein Wunder, dass der neue deutsche Rechtspopulismus ein tolles Thema ist für Soziologen, Politiker, Journalisten, Populisten und Propagandisten aller Couleur.

Vor zwei Wochen hat der Soziologe Heinz Bude hier hervorragend über PEGIDA gesprochen. PEGIDA – sprachlich irgendwo zwischen Hanuta und Gestapo anzusiedeln, hat der Spiegel geschrieben. Darf ich mal kurz fragen, wer von Ihnen war eigentlich auf einer PEGIDA-Demonstration? Wenn Sie vielleicht mal die Hand heben?

Hm. Ist das die Angst vor der sozialen Kontrolle – oder was?

Und jetzt machen wir, wie man sagt, die Gegenprobe: Wer war denn schon einmal auf einer Anti-PEGIDA-Demonstration?

Ah, verstehe. Hier sitzt der eher nachdenkliche Teil des Dresdner Bürgertums. Machen Sie sich nichts draus: Der Besuch einer Dresdner Rede ist auch ein politischer Akt.

Also, der Sozialwissenschaftler Bude hat sich sozialwissenschaftlich mit dem neuen rechtsbürgerlichen Protest befasst. Ich will das heute ein bisschen stärker zuspitzen. Ich darf das. Ich bin kein Wissenschaftler – und muss darum keine Distanz wahren. Und ich bin auch kein Politiker – und muss darum kein Verständnis haben.

Ich bin nur Journalist. Ich darf mich wundern und ärgern und aufregen und schimpfen. Das ist ein Privileg, das ich weidlich ausnutzen werde. Machen Sie sich also bitte darauf gefasst, dass ich viel schimpfen werde.

Manchmal gehört auf einen groben Klotz tatsächlich ein grober Keil. Auf Englisch sagt man: to call a spade a spade. Eine Schaufel eine Schaufel nennen. Das ist ein lustiger Ausdruck.

**Jakob Augstein**, Jahrgang 1967, studierte Politik- und Theaterwissenschaft sowie Germanistik in Berlin und Paris. Nach Stationen bei der Süddeutschen Zeitung und DIE ZEIT ist er seit 2013 Chefredakteur der Wochenzeitung „der Freitag“, deren Verleger er auch ist. Darüber hinaus schreibt er für Spiegel online die Kolumne „S.P.O.N. – Im Zweifel links“ und moderiert zusammen mit Nikolaus Blome die Diskussionssendung „Augstein und Blome“ auf Phoenix. Für seinen publizistischen Pioniergeist wurde er 2011 mit dem Bert-Donnepp-Preis ausgezeichnet. Zuletzt veröffentlichte er 2013 das Buch „Sabotage. Warum wir uns zwischen Demokratie und Kapitalismus entscheiden müssen“.

Eigentlich ein Übersetzungsfehler – im griechischen Original war von Waschtrögen die Rede: man soll einen Trog einen Trog nennen. Bitte – keine Ahnung was das soll. Wichtig ist: man soll nicht um die Dinge herumreden. Ein Trog ist ein Trog, eine Schaufel eine Schaufel, und ein Idiot ist ein Idiot. Punkt.

Das ist wichtig für den Erkenntnisgewinn. Und für's Seelenheil. Zusammengenommen ergibt das dann politische Moral. Oskar Negt sagt: Politische Moral bildet sich im Zustand der Empörung. Und Stephane Hessel hat geschrieben: „Ich wünsche jedem Einzelnen von Ihnen einen Grund zur Empörung. Das ist sehr wertvoll.“

Also, wenn wir ganz leblos sind und wenn uns alles kalt lässt und uns alles einerlei ist, wo landen wir dann? Auf der Sandbank, bei den toten Fischen. Nein, danke! Ich möchte mich empören: über Dummheit, Kälte, Lieblosigkeit, Anmaßung, Borniertheit, Hartherzigkeit.

Natürlich, wenn man genug geschimpft hat, muss der nächste Schritt kommen: das Nachdenken über die Ursachen.

PEGIDA, die AfD, diese ganze deutsche Tea Party, das kommt mir vor wie ein Aufbäumen des Gefühls gegen die Geduld. Des Vorurteils gegen die Verantwortung. Des Ressentiments gegen die Ratio.

Da taucht etwas auf. Da drängt etwas nach oben. Da tritt etwas über die Ufer.

Es handelt sich hier um eine fehlgeleitete Energie – sie sucht sich den falschen Weg und das falsche Ziel. Daran gibt es für mich keinen Zweifel. Wer gegen die Islamisierung des Abendlandes demonstriert, der spinnt entweder komplett – dann kann man ihm einen schönen Tag wünschen und muss sich nicht weiter mit ihm auseinandersetzen. Oder aber er ist fehlgeleitet.

Um so wichtiger ist es, dass wir anderen, die wir davon nicht erfasst sind, die Quellen richtig identifizieren und die Ursachen richtig erkennen.

Vielleicht können wir dann sogar dafür sorgen, dass dieser Zorn – denn darum handelt es sich ja, um einen großen Zorn – die richtige Richtung nimmt. Warum nicht? Stellen Sie sich vor, die PEGIDA-Demonstranten und die AfD-Wähler würden ihre politische Energie für etwas Sinnvolles einsetzen? Das ist eine naive Vorstellung. Aber ich mag mir meine Naivität nicht ausreden lassen. Wenn Leute wählen gehen, wenn Leute demonstrieren gehen, dann ist das ja eigentlich gut. Darin liegt ja das Leben der Demokratie. Jetzt müssen sie nur noch das Richtige wählen, für das Richtige demonstrieren.

Ich sage Ihnen gleich, was ich darunter verstehe – also das Ergebnis hier vorweg: Deutschland hat ein soziales Problem, kein kulturelles. Wir haben zu viel Ungleichheit und zu viel Ungerechtigkeit. Nicht zu viel Islam.

Aber anstatt gegen die soziale Ungleichheit auf die Straße zu gehen, die bei uns zunimmt, die beinahe skandalös ist – beinahe sage ich, wir wollen nicht übertreiben, es geht noch schlimmer

– aber muss es denn immer noch schlimmer kommen – also, anstatt gegen diese Ungleichheit aufzustehen und anzugehen, haben sich die Leute hinter einem so idiotischen Slogan gesammelt: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes.

Darüber kann ich mich empören. Das ist meine erste Empörung: die Idiotie dieses Slogans und das Erschrecken darüber, dass so viele Leute hier davon zu mobilisieren waren.

Meine zweite Empörung wiegt aber schwerer. Denn, bei allem Respekt, Dresden ist nicht Deutschland. Außerhalb Ihrer schönen Stadt haben die PEGIDA-Idioten nur sehr begrenzten Zulauf gefunden, und auch hier ist der Spuk ja am Abklingen. Aber die Reaktionen darauf, in den Medien, in der Politik, die waren bundesweit, und die fand ich beinahe schlimmer als das Phänomen selbst.

Alles mögliche war da vertreten: Verständnis für die Sorgen vor Überfremdung – oder „Entheimung“ wie Wolfgang Thierse es formuliert hat – oder Ärger über mangelnde demokratische Kultur – oder einfach schiere Ablehnung und Zurückweisung. Aber das meiste blieb doch sehr an der Oberfläche. Und zwar mit Absicht: Das sollte nicht durchdringen zum Kern, wo die Verteilungsfrage liegt, wo die Gerechtigkeitsfrage liegt. Darum war das Niveau der Analyse so erbärmlich niedrig, in den Medien und in der Politik.

Das war, meine Damen und Herren, der Überblick. Jetzt kommen die Details.

Wir haben diesen Morgen mit dem Wort von der Tea Party begonnen. Das war 1773 in Boston. Da haben vielleicht hundert Mann, von denen übrigens einige als Indianer verkleidet waren, englische Schiffe gekapert, die im Hafen lagen, und genau 342 Ballen mit Tee über Bord gekippt. Das war ein Protest gegen die englischen Steuern. Samuel Adams, einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika, war auch dabei. Ein paar hundert Jahre später wurde dieser historische Akt der Emanzipation auf reaktionär gedreht.

Damals – es war Februar 2009 – rastete ein Reporter des Senders CNBC während der Sendung aus, on the air – er redete sich in eine Schimpftirade darüber hinein, dass Amerikas Steuerzahler für die Pleiten der Hauskreditnehmer aufkommen sollten und rief zu einer neuen Tea Party auf.

Das war das Startsignal einer neuen Bewegung, einer konservativen Revolution: gegen Washington, gegen Obama und gegen die Mainstream-Medien, die von Sarah Palin Lamestream-Medien genannt wurden.

Die Finanzkrise hatte begonnen. Die Logik der Märkte führte die Welt an den Rand des Kollaps. Eigentlich wäre es folgerichtig gewesen, dieser Logik eine Absage zu erteilen. Statt dessen lautete das Rezept unserer Politiker aber: Mehr davon! Die Demokratie sollte noch vollständig „marktkonform“ gemacht werden. Sie erinnern sich an dieses wirre Wort von Angela Merkel? „Marktkonforme Demokratie“. Sie war nicht allein: Kommissionspräsident Barroso schimpfte im Jahr 2011 einmal: „Das dauert alles zu lange. Die Märkte sind ungeduldig, die Demokratie ist zu langsam.“

Wir haben in der Finanzkrise erlebt, wie die Demokratie verkommen ist. Zur Herrschaft von Experten durch Experten für Experten. Wir haben erlebt, dass nicht mehr der Satz von Abraham Lincoln gilt: „Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk“ gilt, sondern Lenins Satz vom „Komitee zur Regelung der Angelegenheiten der Bourgeoisie“.

Wir haben den Punkt der politischen Paradoxie erlebt: wir fürchten die Ergebnisse von demokratischen Wahlen, weil sie den Märkten nicht gefallen könnten. Siehe Griechenland.

Wir wissen jetzt, dass sich Kapitalismus und Demokratie keineswegs gegenseitig bedingen, wie die angelsächsischen Liberalen uns einreden wollten. Sondern dass sie manchmal eher zufällig zur gleichen Zeit nebeneinander bestehen.

In der Finanzkrise konnte der Kapitalismus gerettet werden. Aber der Preis war hoch: das Vertrauen ins System wurde erschüttert. Und zwar nachhaltig.

Oskar Negt hat vor Jahren gewarnt: „Im Inneren dieser Gesellschaft brodelte es, mit Ausbrüchen ist zu rechnen, in der Abwendung vom System entstehen politische Schwarzmarktphantasien.“ Im Verlauf der Krise hatten solche Schwarzmarktphantasien dann Konjunktur. Die kalten Gedanken von Thilo Sarrazin waren die ersten Symptome. AfD und PEGIDA folgten nach.

Sarrazin ist seinerzeit berühmt geworden mit solchen Sätzen: „Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken türkisch und arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird. Wenn ich das erleben will, kann ich eine Urlaubsreise ins Morgenland buchen.“

Das war die Qualität seiner Empörung. Zur gleichen Zeit veröffentlichte in Frankreich Stephane Hessel sein Traktat „Indignez vous“ – „Empört euch“.

Es war ähnlich erfolgreich wie Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ – aber sonst in jeder Hinsicht ganz anders. Hessel schrieb „für eine Gesellschaft, auf die wir stolz sein können“ und meinte damit: „Das Interesse der Allgemeinheit soll über dem Interesse des Einzelnen stehen, die gerechte Verteilung der Früchte der Arbeit soll wichtiger sein als die Macht des Geldes.“

Hessel empörte sich über „diese Gesellschaft der rechtlosen Ausländer, der Abschiebungen und des Generalverdachts gegenüber den Einwanderern, (...) diese Gesellschaft, in der die Renten unsicher werden, der Sozialstaat abgebaut wird und die Medien in den Händen der Reichen liegen, alles Sachen, die wir niemals akzeptiert hätten, wenn wir die wahren Erben der Resistance wären.“

Sarrazins Empörung las sich so: „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.“

Hessel sorgte sich um die Gerechtigkeit. Sarrazin um Geld und Gene.

Es macht keinen Spaß, diese Feststellung zu treffen, aber sie ist wahr: In Frankreich wurde damals ein Buch der Hoffnung zum Bestseller. In Deutschland ein Buch der Niedertracht.

Man kann Thilo Sarrazin tatsächlich den Gründer einer reaktionären Renaissance in Deutschland nennen.

Bei Sarrazin, bei der AfD, bei PEGIDA – gibt es einen Systemverdruss, ein Systemmisstrauen, eine Systemverachtung. Das ist das Wesensmerkmal der Neuen Rechten überhaupt, auch das der amerikanischen Tea Party. PEGIDA hat ja das schlimme Wort von der „Lügenpresse“ verbreitet. Ich bin auch einer von dieser Lügenpresse.

Aber Sarrazin hatte diese Idee schon geboren: Er hat geschrieben: „Ich glaube, dass aktuell eine herrschsüchtige, ideologisierte Medienklasse ganz informell und ohne großen Plan zusammenwirkt mit einer opportunistischen und geistig recht wenig profilierten Politikerklasse.“

Er schimpft über einen angeblichen „Code“ dieser Medienklasse:

- „Sekundärtugenden wie Fleiß, Genauigkeit und Pünktlichkeit haben keinen besonderen Wert.“
- „Das traditionelle Familienbild hat sich überlebt. Kinder brauchen nicht Vater und Mutter.“
- „Alle Menschen auf der Welt haben nicht nur gleiche Rechte, sondern sie sind auch gleich, und sie sollten eigentlich alle einen Anspruch auf die Grundsicherung des deutschen Sozialstaats haben.“

Das ist zwar alles vollkommener Unsinn, den niemand verbreiten würde – außer Sarrazin selbst. Aber es ist sehr wirksamer Unsinn. Wenn jemand immerzu Prämissen widerlegt, die außer ihm selbst niemand aufstellt – dann ist das reine Propaganda.

Sarrazin hat mit seinen Büchern am Fundament einer neuen nationalkonservativen Ideologie gearbeitet: gegen Frauen, Homosexuelle, Muslime, Migranten und Linke. Er hat damit seinerzeit eine argumentative Versorgungslücke geschlossen, die sich beim auf Ressentiment sinnenden Kleinbürgertum aufgetan hat. Er hat Gedanken und Argumentationsfiguren den Weg in die Mitte der Gesellschaft geebnet, die sich früher am rechten Rand herumdrückten.

„Die deutschen Gesichter haben sich verhärtet. Schärfer sind die Kinne geworden, verbissener die Lippen, brutaler die Unterkiefer.“ Kurt Tucholsky hat das geschrieben, 1921, als er sich die Figuren auf den Bildern von George Grosz ansah: die Unternehmer, die uniformierten Nachtwächter, die Wenn-und-aber-Demokraten, die verhetzten Studenten, die gefügigen Staatsanwälte, die sturen Kleinbauern, die wildgewordenen Oberlehrer.

Diese Leute gibt es heute immer noch. Sie demonstrieren mit PEGIDA, und sie wählen AfD. Aber das Gesicht, hinter dem sie sich sammeln, ist der lächelnde Herr Lucke, der freundliche Herr Lucke von der AfD.

Was ist das für einer? Mit dem Kindergesicht und dem Rechthaberlächeln. Ein Rechtspopulist? Ein ordentlicher Konservativer? Oder etwa Schlimmeres? Er selbst sagt von sich: „Ich bin ein Christdemokrat, der von seiner Partei verlassen wurde.“ Er will also für ein konservatives Bürgertum sprechen, das sich nicht mehr repräsentiert fühlt.

Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Mann ist mir unheimlich. Er lächelt immerzu. Aber hinter diesem Lächeln liegt eine große Wut.

Lucke ist für ein Europa der souveränen Staaten, für den Abbau der Brüsseler Bürokratie, für eine Neuordnung des Einwanderungsrechts und für ein „mütterfreundlicheres“ Deutschland. So stand es im Programm des Gründungskongresses der AfD.

Missverstehen Sie mich nicht: Erst einmal ist nichts besonders rechts oder gar extremistisch an der Idee, den Euro aufzugeben und eine neue, kleinere Währungsunion in den europäischen Nordländern zu gründen. Aber bestimmte Ideen gedeihen in einem bestimmten Umfeld besonders gut.

Und dieser drohende deutsche Unterton, der das Hintergrundrauschen der AfD bildet, der begleitet die Partei von Anfang an. Alexander Gauland, einst Staatssekretär des hessischen Alt-Konservativen Walter Wallmann, gab bei der Parteigründung einen interessanten Einblick in das Geschichtsdenken der AfD: „Deutschland war immer zu groß für Europa, aber zu klein für die Welt, und obwohl wir zwei Weltkriege hinter uns gebracht haben, hat sich das Problem erstaunlicherweise nicht reduziert.“

So kann man das auch nennen, wir haben zwei Weltkriege „hinter uns gebracht“.

In der AfD findet Deutschland zu einem schlimmen Teil seiner politischen Tradition zurück: zum Gedankengut der Deutschnationalen. Das war die Partei des Industriellen und Medienmoguls Alfred Hugenburgs. Er führte den Kampf gegen den Schmach-Frieden von Versailles, mit dem angeblich die „Versklavung des deutschen Volkes“ begonnen hatte.

In den Netz-Foren der AfD heißt es jetzt: „Der Euro ist wie Versailles ohne Krieg.“

Diesmal wird das deutsche Volk nicht versklavt – sondern ausgeblutet, als Zahlmeister Europas. Paranoia und historische Verdrehung, ganz wie bei den Vorvätern.

Und das ist tatsächlich „eine Schande für Deutschland“. Wolfgang Schäuble hatte Recht, als er die Partei neulich einmal so nannte. Aber er irrte, als er sie mit den „Republikanern“ verglich. „Die haben sich schnell wieder erledigt“, sagte der Finanzminister: „Ich denke, so wird es auch der AfD gehen.“ Falsch. Die AfD wird bleiben.

Allensbach hat herausgefunden, dass 44 Prozent der Deutschen die AfD für einen „Anwalt nationaler Interessen“ halten.

Wenn jetzt Wahlen wären, käme die AfD auf jeden Fall in den Bundestag.

„Ich möchte die AfD nicht dämonisieren“, hat die SPD-Generalsekretärin Fahimi neulich geschrieben. Das sollte sie aber. Denn mit der AfD ersteht der alte Dämon einer illiberalen Partei auf, wie die Deutschnationalen es waren.

Es war ein Irrtum zu glauben, die AfD habe den Platz der FDP eingenommen. Die AfD ist keine neue liberale Partei. Sie ist – wie ihr historischer Vorläufer – das glatte Gegenteil: der Inbegriff der Illiberalität. „Ich habe mich nie als liberal“ empfunden, sagt Bernd Lucke: „Gesellschaftlich wird Liberalität oft als etwas Permissives verstanden. ... Es muss Grenzen geben. Und Grenzüberschreitungen müssen geahndet werden.“

Die Bild am Sonntag hat ihn gefragt: „Was ist der Unterschied zwischen dem AfD-Wahlplakat ‚Wir sind nicht das Weltsozialamt‘ zum NPD-Plakat ‚Wir sind nicht das Sozialamt der Welt‘?“ Er hat geantwortet: „Keiner. .... Aber wenn der Slogan richtig ist, ist er nun mal richtig. Oder finden Sie, dass wir das Sozialamt der Welt sein sollten?“

Die Logik sitzt. Da kann er nächstens auch plakatiert lassen: „Muslime sollen keine Kinder klauen.“ Das kann auch niemand wollen. Es zieht nur außer der NPD sonst keine Partei derart in den Wahlkampf.

In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung konnte man lesen, die AfD werde in die rechte Ecke gedrängt und das sei „die Todeszone der deutschen Politik.“ „Rechts von der Union endet in Deutschland die Demokratie“, schrieb der Journalist Volker Zastrow.

Aber stimmt das wirklich noch?

Man kann ja sagen: Es findet gerade ein Paradigmenwechsel statt. Rechts ist gar nicht mehr so schlimm. Wenn es mal eine linksliberale Hegemonie gegeben haben sollte – dann nähert sie sich ihrem Ende.

Wir Deutschen präsentieren uns gerne als liebenswürdiges Volk. Es sind die selben Fahnen, mit denen man Fußballfröhlichkeit demonstrieren kann oder einen neuen Nationalismus. Wir können auch anders. Im beschaulichen Kneippkurort Bad Schandau haben ausländerfeindliche Bürger am Ortseingang ein Schild aufgestellt: „Bitte flüchten Sie weiter, es gibt hier nichts zu wohnen!“ Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat festgestellt, dass fast die Hälfte der Deutschen eine schlechte Meinung von Asylsuchenden hat und Ansicht sei, dass Asylbewerber ihre Notlage nur vortäuschen, um Leistungen in Deutschland zu erschleichen. Und wenn ein Asylbewerberheim in ein altes Hotel am See einziehen soll, wie im schönen Bautzen, dann wählen gleich 15 Prozent der Leute die AfD und 11 Prozent die NPD. Die Enttabuisierung bestimmter Themen setzt das Ressentiment frei. Und wenn es einmal freigesetzt ist, frisst es sich durch das System. Das Ressentiment ist wie eine Säure.

Das ist nicht übertrieben. Nehmen Sie dieses Zitat von Bernd Lucke: „Wir lassen uns nicht einreden, dass man ausländerfeinlich ist, nur weil man sich für ein geordnetes Zuwanderungsrecht einsetzt.“

Und dann nehmen Sie dieses Zitat aus einem Leitartikel des Chefredakteurs der Zeit: „Eine unkontrollierte Einwanderung ist nie nur ein Gewinn. Es gibt unter Migranten mehr Arbeitslose als im Durchschnitt der Bevölkerung und unter Ausländern mehr jugendliche Kriminelle, was oft soziale Ursachen hat. Die Terrorgefahr auf der ganzen Welt ist eine islamistische. Nur bringt es viele Menschen zur Raserei, wenn die Politik auf diese Probleme mit Verharmlosung und Sprechverboten reagiert.“

Der Mann von der AfD betätigt sich als reiner Demagoge: denn es gibt buchstäblich niemanden, der sich für eine vollkommen freie Zuwanderung einsetzt.

Und der Mann von der ZEIT steht ihm nicht nach: denn natürlich gibt es in Deutschland keine „unkontrollierte Einwanderung“. Und es gibt auch keine „Verharmlosung“ – im Gegenteil. Alle Welt redet andauernd von den Problemen der Migration.

Und der Begriff vom „Sprechverbot“ gehört ohnehin zum reaktionären Repertoire. Es gibt in Deutschland keine Sprechverbote. Manchmal wäre man direkt froh, es gäbe Sprechverbote. Zum Beispiel für die Leute von PEGIDA.

Aber halt – Vorsicht – in Zeiten von Twitter muss man aufpassen. „Augstein fordert Sprechverbot für PEGIDA“. Nein. Das war polemisch, ironisch, was auch immer. Jeder soll gerne jeden Unsinn verzapfen!

Die Sache mit der Islamisierung des Abendlandes, die war wirklich Unsinn. In Dresden sowieso: Hier gibt es drei Moscheen. Und zu den Freitagsgebeten versammeln sich da ungefähr 755 Muslime. Das ist in einer Stadt von 540.000 Einwohnern noch ganz überschaubar, finde ich. Und in ganz Deutschland sieht es nicht viel anders aus: Der Anteil der Muslime liegt bei fünf Prozent. Im Jahr 2050 wird er nach seriösen Schätzungen bei sieben Prozent liegen.

Selbst beim schlechtesten Willen lässt sich daraus keine Bedrohung des deutschen Volkstums ableiten. Wobei man auch sagen kann, manche unserer lieben Landsleute sind so doof, dass ihnen ein bisschen Islamisierung auch nicht mehr schaden würde. Da fällt mir die Meldung ein, die ich neulich im Postillon gelesen habe, dieser großartige Nachrichtenseite im Internet:

Ich lese mal vor:

„Dresden (dpo) – Sie wollten gegen die Islamisierung des christlichen Abendlandes protestieren, nun sind sie selbst islamisiert: 52 Dresdner, die an der gestrigen PEGIDA-Demonstration teilnahmen, sind von einem versehentlich in ihre Reihen geratenen Moslem mit dem Islam angesteckt worden. Experten halten ihre Chancen auf Rechristianisierung für verschwindend gering.

...

Unter den Betroffenen ist die Stimmung gedrückt. Pascal R. (31): „Beim Barte des Propheten! Als ich heute Morgen aufgewacht bin, hatte ich so ein Kratzen am Hals beim Reden. Dann habe ich gemerkt, dass das daran liegt, dass ich arabisch spreche und einen stattlichen Vollbart trage.“

Das war sehr lustig.

Nicht so lustig waren die Slogans, die neulich in Köln gerufen wurden: „Heute schächten sie Schafe und Rinder, morgen vielleicht schon Christenkinder.“ Mitten in Köln, auf einer Demonstration wurde das gesungen.

Um den Islam findet in Deutschland derzeit ja eine lebhaftere Auseinandersetzung statt. Christian Wulff hat gesagt „Der Islam gehört zu Deutschland“ – und Angela Merkel hat das mehrfach wiederholt.

Andererseits hat Stanislaw Tillich, Ihr geschätzter Ministerpräsident, gesagt: „Der Islam gehört nicht zu Sachsen.“

Was eigentlich nur bedeuten kann, dass Sachsen nicht zu Deutschland gehört.

Im Kampf gegen den Islam läuft vieles zusammen: wir haben ein grundsätzliches, ein säkulares Misstrauen gegenüber einer frommen Religion. Wir zürnen über den frauenfeindlichen Sexismus in den islamischen Staaten. Es gibt aber eben auch diesen sozialen Rassismus gegenüber der Religion der Deklassierten – denn das sind zumal die arabischen Staaten ja. Und natürlich haben wir hier auch einen genuinen Rassismus, der im Islam das Fremde ablehnt. Das trifft sich alles in einem Punkt: der Verallgemeinerung der Muslime. Es gibt keine Individualität mehr und keine Pluralität. Es gibt nur den Islam.

Lassen Sie mich eine Sache sagen: Wer den Muslimen die Schuld am Anti-Islamismus in die Schuhe schiebt, ist ebenso perfide wie jemand, der die Juden für den Antisemitismus verantwortlich macht. Das Ressentiment sucht sich seinen Weg allein. Für ihren Hass auf Muslime brauchen deutsche Spießler die Abweichungen des Islam ebensowenig wie die Antisemiten für ihren Hass gegen die Juden irgendwelche Neuigkeiten aus Israel brauchen. Was Adorno das „Gerücht über die Juden“ nannte, nährt sich selbst. Und so nährt sich heute auch das „Gerücht über die Muslime“ selbst.

Also, warum hat Ihr Ministerpräsident in diese Islam-Kerbe gehauen? PEGIDA. Die Bewegung hat zwar ihre besten Tage schon wieder hinter sich. Aber die Leute, die sie getragen haben, lösen sich ja deswegen nicht alle plötzlich in Luft auf.

Wir sollten PEGIDA dankbar sein. Für einen kurzen Moment haben sich die auf der Straße blicken lassen, die sonst ihre schlechte Laune nur in den Schmutzecken des Internets abladen.

Es ist in Deutschland ja so: sobald irgendein neues Phänomen um die Ecke kommt, sind sofort ganze Horden und Heerscharen von Sozialforschern da, um es zu studieren. Also, wir wissen, dass der typische PEGIDA-Demonstrant gut ausgebildet ist und aus der Mittelschicht stammt. Und in Wahrheit interessiert er sich einen feuchten Kehricht für den Islam – wie auch? Er hat damit ja nichts zu tun.

Nicht einmal ein Viertel der Befragten gab in irgendeiner Form an, ihre Teilnahme habe mit dem Islam zu tun. Die meisten gingen zu PEGIDA, weil sie „unzufrieden mit der Politik“ und mit den Medien seien.

Die PEGIDA-Demonstranten sind das Fußvolk der AfD. Ganz einfach.

Von denen, die bei der letzten Bundestagswahl ihre Stimme abgegeben haben, hatten sich 45 Prozent für die AfD entschieden, 28 Prozent für die CDU – und knapp 7 Prozent für die LINKE. Bei den Landtagswahlen bekam die AfD in PEGIDA-Kreisen sogar über 50 Prozent – und wenn jetzt gewählt würde annähernd 90 Prozent.

Medien und Politik haben im vergangenen Winter schnell reagiert – und falsch reagiert: sie wollten „verstehen“ und „erklären“. Aber sie verstanden das Falsche und erklärten das Falsche. Der frühere Präsident des Deutschen Bundestags Wolfgang Thierse sagte, die Politik müsse

besser erklären, „warum wir Zuwanderung brauchen.“ Er nahm also die Demonstranten beim Wort: sie protestieren gegen Zuwanderung. Also erklärt er, warum man Zuwanderung braucht. Schon hat er damit das rechte Argument, dass wir zu viele Ausländer im Land haben, geadelt. Ich glaube aber nicht, dass es hier wirklich um Ausländer geht – sondern um den schwindenden Konsens und die zunehmende soziale Kälte in einem ungerechter werdenden Land.

Eine ganz andere Antwort fand der Schriftsteller Durs Grünbein, der selbst aus Dresden stammt, jetzt in der ZEIT. Auf den ersten Blick gar nicht unsympathisch, spricht er mit einer ästhetischen Wut, mit einer ein bisschen dünnkelhaften Verzweiflung: „von den neuen Kleinbürgern, Sklaven der Konsumwirtschaft, die um nichts so sehr Angst haben wie um ihr bisschen Besitz (das Auto, den Fernseher, die Couchgarnitur, das Abo im Fußballstadion). Ihre Vulgarität zeigt sich in ihren Forderungen an den Staat, ihren Ansprüchen, die sie mit Zähnen und Klauen verteidigen. Erich Kästner denkt an sie schon in seinem Gedicht Zeitgenossen haufenweise aus den zwanziger Jahren: ‚Es ist nicht leicht, sie ohne Haß zu schildern, /und ganz unmöglich geht es ohne Hohn.‘“

Aber da blieb Grünbein eben auch nur am Symptom hängen und hat keine befriedigende Erklärung für die Ursachen.

Diese Erklärung sollte man nicht in einer irgendwie normalen, zwar bedauerlichen, aber doch verständlichen Ausländerfeindlichkeit suchen. Und man sollte sie auch nicht in einer kulturellen Eigenart und Minderwertigkeit suchen, je nach dem. Sondern dort, wo sie liegen – in einem zunehmend ungerechten Wirtschaftssystem.

Ich komme ja aus Hamburg. Wie Hans Albers, der kam auch aus Hamburg. Der hat das schöne Lied gesungen: Ihr erster, der war ein Matrose. Der war auf der Brust tätowiert. Er trug eine meerblaue Hose. Und sie hat sich so schrecklich geniert.

Da kommt dann dieser Refrain: Beim ersten Mal da tut's noch weh. Da glaubt man noch, dass man es nie verwinden kann. Dann mit der Zeit so peu a peu gewöhnt man sich daran.

Daran muss ich immer wieder denken, an dieses Sich-Gewöhnen...

Die Deutschen haben sich auch gewöhnt – und zwar an die Ungleichheit. Sie spüren den Schmerz nicht mehr. Deutschland ist ein Land, in dem die Ungleichheit zunimmt und die Chancen ungerecht verteilt sind. Es war nicht die Linkspartei, die das neulich gesagt hat. Sondern die OECD. Und da sitzen keine Sozialisten, soweit ich weiß.

Leider muss erst eine internationale Organisation kommen, um uns das Land zu zeigen, in dem wir leben. Von deutschen Politikern (außer den Linken) werden Sie solche Worte nicht hören. Und in deutschen Zeitungen (von Ausnahmen abgesehen) werden Sie sie kaum lesen.

Kurze Zwischenfrage: Was macht eigentlich die SPD?

Die OECD hat also im vergangenen Jahr bei der Vorstellung ihres Länderberichts gesagt: „Unsere Kernbotschaft ist, dass Deutschland ein inklusiveres Wachstumsmodell verfolgen sollte. Basierend auf guten Löhnen, einem fairen Steuersystem, gleichen Bildungschancen für alle und höheren Bildungsinvestitionen.“

Ein faires Steuersystem. Gleiche Chancen. Ausreichende Bildungsinvestitionen. All das sieht die OECD in Deutschland nicht gewährleistet.

Und jetzt hören wir, was der Wirtschaftsminister dazu sagt – der ist ja auch Chef der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Eigentlich ist er also doppelt zuständig, wenn internationale Experten anmahnen, dass der Bildungserfolg hierzulande immer noch stark vom sozioökonomischen Hintergrund der Kinder abhängig ist. Sigmar Gabriel hat gemurmelt: „Das ist etwas, über das wir in Deutschland noch intensiver reden müssen.“ Das war alles.

Es ist nämlich so: Ob die Sozialdemokraten in der Regierung saßen oder nicht – die soziale Schere hat sich in Deutschland immer weiter geöffnet. 1970 verfügte das oberste Zehntel der Gesellschaft über 44 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens. 2011 waren es 66 Prozent. Fast acht Millionen Menschen in Deutschland arbeiten für Niedriglöhne. Etwa zwölf Millionen leben an oder unter der Armutsgrenze. 25 Prozent der Beschäftigten in Deutschland haben sogenannte prekäre Jobs: Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträge, Praktika. Jeder zweite neu zu besetzende Arbeitsplatz ist befristet.

Unser Steuersystem begünstigt die Unternehmen und die Reichen. Achtzig Prozent des Steueraufkommens stammen aus Lohn- und Verbrauchssteuern. Nur zwölf Prozent aus Unternehmens- und Gewinnsteuern. Eine der irrwitzigsten Ungerechtigkeiten: während Einkommen aus Arbeit mit bis zu 45 Prozent besteuert wird, zahlt man auf Kapitaleinkünfte nur 25 Prozent.

Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat dazu geschrieben: „Die Verteilungsgerechtigkeit, der oberste Grundsatz jeder seriösen Steuerpolitik, wird bei der Distribution des erwirtschafteten Sozialprodukts krass missachtet.“

Das Ergebnis: Die Reichen waren in Deutschland noch nie so reich wie heute. Sie haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren schamlos selbst bedient – und man hat sie gewähren lassen. Wer darauf vertraute, dass die Parteien, die Gewerkschaften, die Medien sich der Sache der Gerechtigkeit annehmen würden – der hat sich geirrt. Die Arbeitnehmer wurden im Stich gelassen. Am schlimmsten haben die Gewerkschaften versagt.

„Danke, lieber Herr Sommer, für Ihre Hingabe und Ihre Hartnäckigkeit, für Ihre Weitsicht und auch für Ihre Kompromissbereitschaft, wenn sie nötig wurde.“ So hat Bundespräsident Gauck neulich den scheidenden DGB-Chef gelobt. Tatsächlich. Unter Sommer waren die Gewerkschaften so „kompromissbereit“, dass die Vorstände der DAX-Unternehmen in aller Ruhe ihr Salär von 500.000 DM im Jahr 1989 auf durchschnittlich sechs Millionen Euro im Jahr 2010 wachsen lassen konnten – erst zwanzigmal so viel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer, dann zweihundertmal. Rechtfertigung? Keine. Eine Frage der Macht, nicht der Moral.

Der Armutsbericht der Bundesregierung – eingeführt, immerhin, unter Rot-Grün – zeigt an seiner erschütterndsten Stelle, wie wenig Illusionen sich die Menschen über die deutsche Wirklichkeit machen. Wenn man sie nach den Gründen für Reichtum in der Gesellschaft fragt, nennt gerade mal ein Viertel besondere Fähigkeiten oder harte Arbeit. Eine viel größere Anzahl

dagegen führt die Herkunft an (46 Prozent) oder das soziale Netzwerk (39 Prozent). Die ganz Enttäuschten halten gleich Unehrlichkeit (30 Prozent) oder die Ungerechtigkeit des Wirtschaftssystems (25 Prozent) für die Wurzeln des Wohlstands.

Da wundert sich Sozialhistoriker Wehler: „Es bleibt bisher eine offene Frage, weshalb sich nur geringer Widerstand gegen die maßlose Einkommens- und Vermögenssteigerung regt“. Und ich wundere mich eigentlich auch.

Dabei liegt die Antwort auf der Hand: Die Industrie, die regierenden Parteien, große Teile der Medien, willfähige Forscher und Institute – sie alle helfen, die Tatsachen zu leugnen, zu relativieren, zu ignorieren. Das Kartell der Profiteure ist so stark, dass es auf die Wirklichkeit keine Rücksicht mehr nehmen muss. Es schafft sich seine eigene Wirklichkeit.

Und wenn gar nichts mehr hilft, kommt das Argument, dass Geld ja nicht glücklich macht. So wie es neulich der Abgeordnete Matthias Zimmer für die Unionsfraktion vorbrachte, als der Bundestag über den Armutsbericht debattierte: „Die ganze Debatte wird ohnehin zu sehr mit Blick auf lediglich materielle Faktoren geführt.“

Währenddessen können wir den Niedergang unserer Gesellschaft längst mit eigenen Augen sehen. Die Schulen verfallen, die Städte verrotten, die Straßen verkommen, an den Kreuzungen klaben Menschen Pfandflaschen aus den Mülleimern. Aber man hat uns beigebracht, unseren Augen nicht mehr zu trauen und Ungerechtigkeit für Notwendigkeit zu halten und Unsinn für Vernunft. Alles dient dem Zweck, die Erträge, die unten erwirtschaftet werden, nach oben fließen zu lassen und gleichzeitig zu verschleiern, dass es sich so verhält. Die Gesetze, das Steuergefüge, die Werte – das System.

Es ist ein System der Lüge. Die Ideologen des Neoliberalismus reden gerne von Leistung, die sich lohnen soll. Aber wir leben nicht in einer Leistungsgesellschaft, sondern in einem Ständestaat. In seiner Agenda-Rede hatte Gerhard Schröder im Jahr 2003 gesagt: „Es darf nicht so bleiben, dass in Deutschland die Chance des Gymnasialbesuchs für einen Jugendlichen aus der Oberschicht sechs- bis zehnmal so hoch ist wie für einen Jugendlichen aus einem Arbeiterhaushalt.“ Und heute sagt Sigmar Gabriel im Bundestag immer noch: „Dieser Sozialstaat muss alles dafür tun, damit ererbter Status nicht zum Schicksal wird. Wir wollen nicht, dass die Frage der Herkunft das Schicksal der Menschen bestimmt.“

So sieht also dieses Deutschland aus, über das die Wochenzeitung ZEIT schreibt: „In diesem Land geht es den meisten Menschen gut, gemessen an manchen europäischen Nachbarn könnte man sogar sagen: obszön gut.“

Und wenn es der Kuh zu gut geht, dann läuft sie aufs Eis. So kann man sich den unheimlichen rechtsbürgerlichen Protest natürlich auch erklären, dessen Aufkommen Deutschland in den vergangenen Jahren erlebt hat: dem Deutschen, diesem ewigen Michel, diesem Nörgel-Michel geht es einfach zu gut.

Ich habe Ihnen erklärt, dass ich das nicht glaube.

Heinz Bude hat hier neulich von den Menschen gesprochen, die anfällig sind für das neue rechte Denken und den neuen Islam-Hass: er nannte sie die Selbstgerechten, die Übergangenen und die Verbitterten.

Was machen wir mit denen? Da helfen weder ästhetischer Dünkel noch Rechthaberei noch Verständnishudelei.

Das sind die Schwachen, die sich noch Schwächere suchen. Die Furchtsamen, die sich solche suchen, die noch verwundbarer sind.

Denen müssen wir die Augen öffnen. Die müssen wir mitnehmen. Also brauchen wir schon Demonstrationen. Hier in Dresden und in ganz Deutschland.

Aber nicht gegen die Islamisierung des Abendlandes, sondern gegen seine Prekarisierung.

Nicht gegen Ausländer. Sondern gegen Armut.

Nicht gegen Einwanderer. Sondern gegen die Ungleichheit.

Nicht gegen fremde Kulturen. Sondern gegen die eigene Kultur der Kälte.

Ich gebe diese Hoffnung nicht auf.

Vielen Dank.

**Spielzeit 2014/2015**

Herausgegeben vom Staatsschauspiel Dresden → Intendant: Wilfried Schulz → Gestaltung: Andrea Dextor → Alle Rechte liegen bei den Rednern.

## Dresdner Reden 1992 – 2015

### 1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt  
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

### 1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow – Regine Hildebrandt  
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

### 1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf  
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

### 1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens  
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

### 1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer  
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

### 1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass  
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

### 1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád  
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

### 1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider  
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

### 2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies  
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

### 2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun  
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

### 2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr  
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

### 2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann  
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

### 2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel  
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

### 2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt  
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

### 2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer  
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

### 2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt  
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

### 2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck  
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

### 2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rüsen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan  
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

### 2010

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller  
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

### 2011

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

### 2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

### 2013

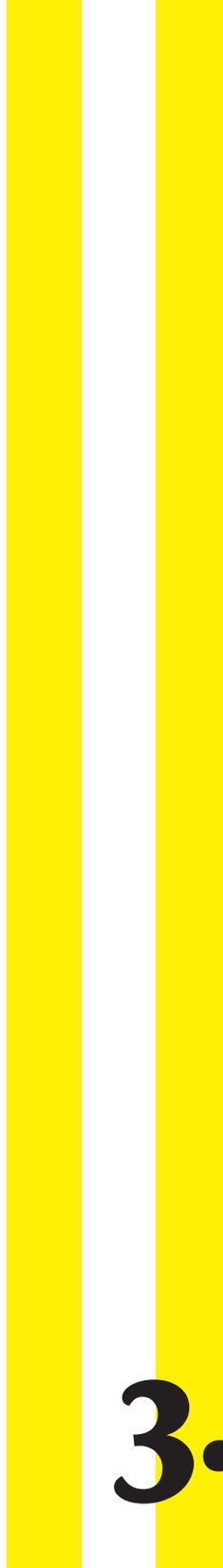
Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

**2014**

Prof. Dr. Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff

**2015**

Heinz Bude – Carla Del Ponte – Jakob Augstein – Andreas Steinhöfel – Michael Krüger



**3.2015**